

Übersichten

März 2004

Außenpolitik

1 Beijings Reaktion auf die Präsidentschaftswahl und das Referendum in Taiwan

Die jüngsten Ereignisse rund um die Präsidentschaftswahl auf Taiwan wurden weltweit, insbesondere aber von der politischen Führung in Beijing, mit großer Spannung verfolgt. Am 20. März fanden auf der Insel sowohl Direktwahlen zur Präsidentschaft als auch ein erstmaliges Referendum statt. (Siehe auch das Thema „Demokratie im Krebsgang?“ in diesem Heft sowie C.a., 2004/2, Ü 2.)

Am Vortag der Wahlen zählte das auf den amtierenden taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian und die Vizepräsidentin Annette Lü verübte Attentat zu einer der wichtigsten Nachrichten weltweit. China reagierte darauf erst mit vielstündiger Verzögerung in Form einer offiziellen Kurzmitteilung, in der lediglich der Sachverhalt dargestellt wurde.

Auch auf das knappe Wahlergebnis zu Gunsten des amtierenden Präsidenten erfolgte aus Beijing keine sofortige Reaktion. Nachdem zur tumultartigen

Lage nach der Wahl auf chinesischer Seite zuerst fünf Tage lang Schweigen geherrscht hatte, nahm man die umfangreichen Proteste der taiwanischen Oppositionsanhänger gegen vermeintliche Unregelmäßigkeiten beim Wahlverlauf zum Anlass, um handfeste Drohungen an Taiwan zu senden. Die Präsidentschaftswahl selbst, die von chinesischer Seite als „Wahl der neuen Führung der Region Taiwan“ bezeichnet wurde (WSJ, 20., 28.3.04), nannte Beijing unfair, womit die Legitimation des Präsidenten und des demokratischen Systems auf Taiwan an sich angezweifelt wurde. Das Taiwan-Büro in Beijing erklärte, man werde nicht tatenlos zusehen, sollte die Situation in Taiwan außer Kontrolle geraten und es zu sozialen Ausschreitungen kommen, die das Leben und das Eigentum der Landsleute, sowie die Stabilität jenseits der Taiwan-Straße gefährde. In der westlichen Presse wurden diese eindringlichen Worte an Taiwan vielfach als der seit Jahren heftigste Einschüchterungsversuch gewertet. Beijing versuche auf diese Weise Taiwans demokratisches System in Verruf zu bringen und zu beweisen, dass Demokratie für China nicht der richtige Weg sei, da sie nur zum Chaos führe. Die staatlichen chinesischen Medien nutzten den Sachverhalt zugleich für eine Warnung an Hongkong, in der sie verdeutlichten, dort könne ähnliches Chaos erwartet werden, wenn demokratische Reformen zu schnell vorangetrieben würden.

Auf die Glückwünsche der USA an Chen Shuibian, nachdem dieser von der Wahlkommission offiziell zum Wahlsieger erklärt wurde, reagierte China erwartungsgemäß mit scharfer Kritik. Beijing beschuldigte Washington, durch die Gratulation das amerikanische Bekenntnis zur Ein-China-Politik verletzt und sich in interne Angelegenheiten der Volksrepublik eingemischt zu haben.

Das Scheitern des zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl durchgeführten Referendums wurde in China mit Genugtuung aufgenommen, die schon in den Tagen nach der Wahl in den staatlichen Medien ihren Niederschlag fand. Die Ungültigkeit des angestrebten Volksentscheids wurde als ein Beweis für den Willen des taiwanischen Volkes gegen eine Unabhängigkeit dargestellt. Abgesehen von dessen Inhalt

war allein die geplante Durchführung des Referendums selbst seitens der chinesischen Regierung schon im Vorfeld scharf verurteilt worden. Beijing sah die Volksabstimmung als einen ersten Schritt, um Taiwan „vom Mutterland abzuspalten“.

Die diesjährige Zusammenkunft des Nationalen Volkskongresses (NVK) (siehe auch die Übersichten zu diesem Thema in den folgenden Rubriken) nur wenige Tage vor dem Wahlereignis gab den Delegierten in Beijing besondere Gelegenheit, die politischen Entwicklungen in der „Provinz Taiwan“ heftig zu kritisieren. Im Rahmen des NVK klagte Ministerpräsident Wen Jiabao die Verantwortlichen auf Taiwan an, mit der Abhaltung des „illegalen“ Referendums den Frieden und die Stabilität auf der Insel zu gefährden. Er drohte, dass man jeden Versuch, Taiwan offiziell vom Festland zu trennen, mit allen Mitteln begegnen werde, erklärte jedoch auch, eine friedliche Wiedervereinigung sei weiterhin der angestrebte Weg. Viele Delegierte des chinesischen Parlaments äußerten sich ähnlich.

Chinas Politik gegenüber Taiwan während Chens zweiter Amtsperiode wird von den Ereignissen der kommenden Monate geprägt sein. Die Amtsantrittsrede des Präsidenten im Mai und die Parlamentswahlen im Dezember 2004 sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg, die von Beijing genau verfolgt werden. (SCMP, 3.3.04; XNA, 4., 26., 27.3.04; Xinhua, 26.3.04, nach BBC PF, 26.3.04; RTHK Radio 3, 14.3.04, nach BBC PF, 14.3.04; Central News Agency, 18.3.04, nach BBC PF, 18.3.04; NZZ, 21., 22.3.04; FT, 22.3.04, S.2; FT Deutschland online, 27.3.04; ST, 20., 22., 27., 28., 29.3.04; WSJ, 9., 14., 16., 19., 20., 21., 23., 25., 26., 28.3.04; HB online, 23.3.04; IHT, 27.3.04; NZZ online, 29.3.04; FAZ, 13.3., S.10, 29.3.04) -cam-

2 Chinesisch-französisches Manöver – Symbol für Festigung der EU-Beziehungen und Provokation für Taiwan und die USA

Als erster europäischer Staat hat Frankreich am 16. März ein gemeinsames Manöver mit der chinesischen Marine abgehalten.

Auch wenn der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Liu Jianchao, offiziell behauptete, die militärischen Übungen vor der Küste Qingdaos würden unabhängig von den vier Tage später stattfindenden Wahlen auf Taiwan abgehalten und in dieser Hinsicht keine Bedeutung haben, so barg diese offene sino-französische Kooperationsbereitschaft zumindest eine symbolische, gegen Taiwan gerichtete Provokation.

Das eintägige Seemanöver, bei dem Frankreich und China jeweils zwei Kriegsschiffe und Hubschrauber zum Einsatz brachten, war das bisher umfangreichste Manöver, das China jemals gemeinsam mit einer anderen Streitkraft abgehalten hat. Insgesamt waren 700 Marinesoldaten im Einsatz. Nachdem Chinas Militär lange Zeit geheim und in tiefem Misstrauen gegenüber Allianzen und gemeinsamen Übungen mit Armeen anderer Länder umgegangen war, erweiterte es in den letzten Jahren seine außenpolitischen Kontakte über offizielle Besuche hinaus hin zu einer größeren Kooperationsbereitschaft, nicht zuletzt um in Stabilitäts- und Sicherheitsfragen ihre Außenpolitik voranzubringen (XNA, 12., 15., 17.3.04; WSJ, 16., 19.3.04; ST 16.3.04).

Nicht nur, dass die Übungen zum 40. Jahrestag der Aufnahme der chinesisch-französischen Beziehungen abgehalten wurden, der volle Symbolgehalt der Übungen erschließt sich erst dann, verweist man auf die hervorragende Entwicklung der chinesisch-französischen Beziehungen (vgl. C.a., 2004/1, Ü 3) in Zusammenhang mit einer daraus resultierenden Provokation gegenüber den USA. Die gegenseitigen französisch-chinesischen Interessen bergen neben einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch die Idee einer multipolaren Weltordnung, die sich gegen eine nach Hegemonie strebende US-Politik richtet. Die Kooperation Chinas mit europäischen Staaten in den letzten Jahren, von denen sich besonders Frankreich und Deutschland für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China stark gemacht haben, soll demnach als symbolträchtiges Gegengewicht zur Supermacht USA eingesetzt werden.

Als einen Erfolg kann die Volksrepublik das kürzliche Scheitern einer amerikanischen Resolution zur Verurteilung Chinas in der UN-Menschenrechtskommission verbuchen. Ein Wehrmutstropfen in den europäisch-chinesischen Beziehungen bleibt allerdings die Aufhebung des EU-Waffenembargos: EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sieht nach seinem Besuch in Beijing für die nächste Zukunft aufgrund zu langsamer Fortschritte in Menschenrechtsfragen keine Aufhebung des Embargos, man würde aber weiter darüber beraten. Gegen die Aufhebung des EU-Waffenembargos hatte US-Außenminister Powell bis zuletzt stark protestiert. (WSJ, 19.3.04; FAZ, 17.3., 5.4.04; FT, 16.3.04; *Süddeutsche Zeitung*, 14.4.04) -eva-

3 Streit um Diaoyu-Inseln geht weiter

Nachdem bereits im Januar die japanische Küstenwache zum dritten Mal chinesische Aktivisten daran gehindert hatte, mit Fischerbooten auf den unbewohnten Senkaku-(chin.: Diaoyu-)Inseln zu landen (vgl. C.a., 2004/1, Ü 5), kam es nun im März zu einem weiteren Zwischenfall. Sieben von insgesamt 16 chinesischen Aktivisten, die der Nichtregierungsorganisation „Chinesische Allianz zur Verteidigung der Diaoyu-Inseln“ angehören, landeten am 24. März auf der Uotsuri-Insel, um dort die chinesische Flagge auf einen Leuchtturm zu malen und um angebliche wissenschaftliche Untersuchungen vorzunehmen. Obwohl bereits früher Aktivisten aus der Volksrepublik, aber auch aus Taiwan und Hongkong den chinesischen Anspruch auf die Inseln durch derartige Aktionen zu betonen versuchten, war es den Aktivisten diesmal zum ersten Mal vergönnt, eine der Inseln zu betreten.

Die unbewohnte Inselgruppe, die zwischen Taiwan und Okinawa liegt, wird sowohl von China, Japan und Taiwan beansprucht. Allen drei Seiten geht es neben reichen Fischgründen und möglichen Ölvorkommen vor allem um das Prestige.

Den sieben Chinesen blieb allerdings kaum Zeit für ihre Vorhaben, da sie direkt nach der Landung von der ja-

panischen Küstenwache aufgegriffen, festgenommen und nach Okinawa gebracht wurden. Chinas Vizeaußenminister Zhang Yesui bezeichnete die Inhaftierung als einen „Akt, der die territoriale Souveränität Chinas und die Menschenrechte der chinesischen Bürger verletzt“. Er betonte ausdrücklich, sollte sich die angespannte Situation hinziehen und sich die Lage weiter verkomplizieren, werde dadurch die Empörung im chinesischen Volk angeheizt.

Prompt versammelten sich ab dem folgenden Tag 50 chinesische Demonstranten für drei Tage vor der japanischen Botschaft in Beijing und verbrannten japanische Flaggen. Chinas Sicherheitskräfte, die sonst bei der kleinsten Demonstration bereits einschreiten, blieben untätig. Dies kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass Chinas Führung in diesem Fall Nichtregierungsorganisationen als Parteisprachrohr zu instrumentalisieren versucht, um den fragwürdigen Prozess der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht zu gefährden. Immerhin ist Japan trotz territorialer Unstimmigkeiten und in Chinas Augen mangelnder Vergangenheitsbewältigung Chinas größter Handelspartner. Zudem geht ungeachtet der allgemeinen Kritik Chinas ein Großteil japanischer Entwicklungshilfe an die Volksrepublik.

Japan ließ die sieben Gefangenen bereits am 26. März wieder frei. Angekündigte bilaterale Gespräche zwischen China und Japan, bei denen es um die Einschränkung der Fahrrechte chinesischer Boote in japanischen Gewässern gehen sollte, wurden nach dem Zwischenfall von chinesischer Seite sofort abgesagt.

Pikanterweise gab es kurz vor der Aktion eine Ankündigung der Xinhua-Nachrichtenagentur, die berichtete, China wolle im Mai eine Schiffsroute zu den Diaoyu-Inseln eröffnen, wobei es sich nach der offiziellen Sprachregelung um ein touristisches Unternehmen handle, das von Xiamen aus chinesische Touristen zu den Inseln bringen solle. Japan ließ dies bisher unkommentiert. (XNA, 24., 26.3.04; Kyodo News Service, 24.3.04, nach BBC PF, 24.3.04; ST, 25.3.04; WSJ, 17., 23., 25., 26.3.04; HB, 29.3.04; NZZ, 26.3.04; FAZ, 26.3.04) -eva-

4 China sendet UN-Friedenstruppen nach Liberia

Im Rahmen einer UN-Friedensmission, bei der 15.000 Soldaten aus 52 Ländern ins westafrikanische Liberia entsandt werden sollen, hat die chinesische Regierung im November letzten Jahres die Entsendung von 550 Soldaten beschlossen. Bereits im Dezember 2003 wurden dort die ersten 60 chinesischen Offiziere und Soldaten stationiert. Nun wurden am 18. März weitere 180 Armeeinghörige zur Teilnahme an der UN-Mission mit speziellen UN-Maschinen entsandt.

Das vom Bürgerkrieg zerstörte Liberia erhofft sich von China jedoch in erster Linie nicht Unterstützung bei der Friedensbewahrung sondern primär Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Dieser Wunsch trifft auf chinesischer Seite prinzipiell auf Gegenliebe, tut sich die chinesische Regierung doch nach wie vor schwer mit der Entsendung von Truppen für UNO-Missionen. So sollen auch in Liberia die chinesischen Armeeinghörigen in den zivilen Bereichen Landwirtschaft, Gesundheitswesen, bei der Erschließung von Ressourcen und der Versorgung mit Elektrizität tätig werden. Nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums sollen dabei 240 Soldaten speziell für den Bereich Transportwesen eingesetzt werden, ein 275-köpfiges Team ist für Ingenieursaufgaben zuständig, und 35 Ärzte werden in einem UN-Krankenhaus stationiert. Hauptaufgabe der Spezialeinheiten wird es sein, Hilfsgütertransporte logistisch zu leiten, die Öl-, Strom- und Wasserversorgung sicherzustellen, den Bau von Straßen und Häusern voranzubringen aber auch bei der Überwachung von Flughäfen unterstützend mitzuwirken. Auch im Bereich der medizinischen Versorgung wurden die Friedensbewahrungstruppen speziell ausgebildet, wobei das Ärzteteam mit Medikamenten, Krankenwagen, Wasseraufbereitungsanlagen und Kühlschränken aus eigener Produktion ausgestattet wurde. Die gesamte Ausrüstung des chinesischen Kontingents, bestehend unter anderem aus GPS-gesteuerten Transportfahrzeugen, Kommando- und Tankwagen, mobilen Sanitäreinrichtungen und Küchen, wurde in China produziert und per

Schiff in die Hauptstadt Monrovia transportiert. Erstmals setzt China im Rahmen eines Einsatzes für die Vereinten Nationen damit fast vollständig und in bislang nicht gekanntem Umfang auf eigenes technisches Gerät und führt damit in dem afrikanischen Land eindrucksvoll die chinesische Leistungsfähigkeit in diesem Bereich vor Augen.

Die chinesischen Einsatzkräfte der UN-Friedensbewahrungstruppen sollen zunächst ein Jahr lang in Liberia stationiert bleiben, es bestehe jedoch die Option auf Verlängerung.

Seit 1988 nahm die Volksrepublik China bislang weltweit an elf UN-Missionen teil, in deren Rahmen die chinesische Regierung insgesamt etwa 2.000 Einsatzkräfte entsandte. (XNA, 17., 18.3.04; Xinhua 18.3.04, nach BBC PF, 18., 21.3.04)

Seit 1977 unterhält China diplomatische Beziehungen zu Liberia, die von chinesischer Seite in der Vergangenheit jedoch zweimal aufgrund der „falschen“ Haltung wechselnder Regierungen des afrikanischen Staates in der Taiwan-Frage abgebrochen wurden. Die jüngste Wiederaufnahme der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen erfolgte im Oktober 2003. Im März diesen Jahres wurde mit Lin Songtian wieder ein chinesischer Botschafter nach Monrovia entsandt.

In Reaktion auf die Ernennung des chinesischen Botschafters bekannte sich der Vorsitzende der liberianischen Übergangsregierung Charles Gyude Bryant in einer Rede in Monrovia ausdrücklich zur Ein-China-Politik. Er schätze die Beziehungen zur Volksrepublik China, so Bryant weiter. Auch zeigte er höchste Anerkennung für Chinas Hilfe über die letzten Jahre und dessen aktive Rolle bei der Unterstützung Liberias als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. (XNA, 10., 12.3.04) -eva-

5 Kooperation zwischen China und Russland bekräftigt

Nachdem das gegenseitige Interesse Russlands und Chinas am Ausbau der militärischen Beziehungen im Dezember 2003 von beiden Seiten unterstrichen wurde (vgl. C.a., 2003/12, Ü 5), geht die bilaterale Zusammenarbeit

im Rahmen der „strategischen kooperativen Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuo huoban guanxi*) im Jahr 2004 in die nächste Runde. Die Beziehungen zwischen Russland und China konnten im März durch diverse Kontakte zwischen Regierungsmitgliedern beider Staaten weiter ausgebaut werden.

Als Hu Jintao seinem russischen Amtskollegen Putin am 15. März zur Wiederwahl als Staatspräsident gratulierte, betonte er gegenüber Putin, es sei Chinas fortwährende Politik, langfristige, stabile Beziehungen zu Russland zu entwickeln, die auf gegenseitiger Freundschaft und Kooperation beruhen. Auch Putin würdigte das gegenseitige Vertrauen und die „strategische kooperative Partnerschaft“ zwischen beiden Ländern.

Zu den jährlich stattfindenden chinesisch-russischen Militärkonsultationen, die bereits in die achte Runde gingen, reiste der erste stellvertretende Befehlshaber des Generalstabs der russischen Streitkräfte, Generaloberst Juri Balujewski, am 15. März nach Beijing. Während der Gespräche, an denen unter anderem der chinesische Verteidigungsminister Cao Gangchuan teilnahm, tauschten beide Seiten ihre Standpunkte bezüglich der regionalen und internationalen Sicherheit aus. Laut Berichten der Nachrichtenagentur ITAR-TASS standen insbesondere die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Lage im Nahen Osten und auf der Koreanischen Halbinsel sowie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf der Agenda. Beide Seiten stimmten außerdem darin überein, dass der weitere Ausbau der militärischen Zusammenarbeit ein wichtiger Bestandteil der „strategischen kooperativen Partnerschaft“ zwischen Moskau und Beijing sei.

Bei einem Besuch des ersten stellvertretenden russischen Außenministers Valeri Lostschinin in der darauffolgenden Woche in Beijing, fanden Gespräche mit dem chinesischen Außenminister Li Zhaoxing und weiteren Vertretern des chinesischen Außenministeriums über die Kooperation mit den GUS-Staaten sowie über die außenpolitischen Ziele beider Länder statt. In den Gesprächen, die sich auf einen Meinungs- und Informationsaus-

tausch beschränkten, herrschte in weiten Teilen Übereinstimmung.

Nachdem die in den 90er Jahren sich gut entwickelten bilateralen Beziehungen durch die Terroranschläge vom 11. September und die damit einhergehende stärkere Kooperation zwischen den USA mit Russland sowie den USA mit China einen Einschnitt erfahren hatten, steht die sino-russische strategische Partnerschaft nun wieder im Vordergrund. China und Russland, die beide das Hegemonialstreben der USA verurteilen und auf eine Stärkung der Vereinten Nationen pochen, setzen für 2004 auf eine weitere Festigung ihrer Beziehungen. Obwohl es vor allem bezüglich Zentralasien Meinungsverschiedenheiten zu klären gibt, kann durch die Nichtexistenz eines offenen Konflikts von einer erfolgreichen Partnerschaft gesprochen werden. Zahlreiche für dieses Jahr anberaumte chinesisch-russische Treffen, von denen der Besuch des russischen Präsidenten in China sowie der des chinesischen Ministerpräsidenten in Russland die Höhepunkte bilden werden, sollen diese strategische Kooperation weiter stärken. (XNA, 15., 26.3.04; ITAR-TASS, 15., 17., 26.3.04, nach BBC PF 15., 17., 26.3.04; ST, 16.3.04; RIA, 16., 24.3.04, nach BBC PF, 16., 24.3.04; Xinhua, 16.3.04, nach BBC PF, 16.3.04) -cam/eva-

schaflichem und technischem Gebiet bekräftigt sowie der Bau einer Eisenbahnstrecke im gemeinsamen Grenzgebiet beschlossen. (TV Myanmar, 28.3.04, nach BBC PF, 28.3.04; XNA, 24.3.04; *The Myanmar Times*, 29.3.04, nach BBC EF, 29.3.04)

Chinas Beziehungen zu Myanmar sind sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene gut entwickelt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich der bilaterale Handel verdoppelt, wodurch China zu Myanmars drittgrößtem Handelspartner aufstieg. (*The Myanmar Times*, 29.3.04, nach BBC EF, 29.3.04) Unterdessen steht Myanmars Militärregierung weiter unter internationalem Druck. Die Sanktionen des Westens, die nach der erneuten Festnahme Aung San Suu Kyis und weiterer Oppositionspolitiker Ende Mai 2003 verhängt worden waren, wurden von China erneut verurteilt. (Reuters, 25.3.04)

Die Visite Wus in Myanmar fand im Rahmen einer Vier-Staaten-Tour durch Südostasien statt, bei der die Vizeministerpräsidentin zuvor Laos und Kambodscha und im Anschluss die Malediven besucht hatte. (XNA, 24.3.04) -cam-

Innenpolitik

6 Chinas Beziehungen zu Myanmar gestärkt

Eine 40-köpfige chinesische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung der stellvertretenden Ministerpräsidentin Wu Yi, die für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständig ist, hat zwischen dem 23. und 27. März Myanmar besucht. Nach Gesprächen zwischen Wu und dem Premierminister von Myanmar, General Khin Nyunt, wurden insgesamt 21 Abkommen im wirtschaftlichen Bereich unterzeichnet. Beijing wird Rangun demnach weiterhin finanziell bei diversen Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekten unterstützen, so beispielsweise durch die Gewährung von Darlehen für ein Wasserkraftprojekt und die Ausweitung des Telekommunikationsnetzes. In verschiedenen Absichtserklärungen wurde die erwünschte Verstärkung von Kooperationen auf wirt-

7 Militärarzt fordert Neubewertung der Protestbewegung von 1989

Knapp drei Monate vor dem 15. Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 hat der pensionierte Militärarzt Jiang Yanyong die parteistaatliche Führung zur Neubewertung der damaligen Ereignisse aufgerufen. Der 72-jährige Chirurg, der seit 50 Jahren Mitglied der KPCh und Angehöriger der Volksbefreiungsarmee ist, fordert in einem Brief die Korrektur des „Fehlers, der am 4. Juni begangen wurde“. Zudem solle die Bewegung, die früher als „konterrevolutionäre Rebellion“ und heute noch als „politische Unruhe“ bezeichnet wird, als „patriotisch“ eingestuft werden.

Der auf den 24. Februar datierte Brief ist an den Vorsitzenden und stellver-

tretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, an das Politbüro sowie den Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter gerichtet. Nach Angaben des *Wall Street Journal* habe Jiang das Schreiben zunächst an sympathisierende Parteimitglieder geschickt. Später tauchte es dann auf einer Hongkonger Internetseite auf und sorgte in der ersten Märzhälfte zeitgleich mit der Sitzung des Nationalen Volkskongresses für internationale Aufmerksamkeit.

Jiang Yanyong hatte bereits im vorigen Jahr durch einen Brief von sich Reden gemacht. Nachdem die Zentralregierung das Ausmaß der Verbreitung der Lungenseuche SARS wochenlang vertuscht hatte, enthüllte der Militärarzt im April letzten Jahres in einem Schreiben die wahre Anzahl der SARS-Erkrankungen in den Militärhospitälern der Hauptstadt. Diesen Offenbarungen des Chirurgen schrieben es viele Kommentatoren zu, dass die Regierung schließlich einlenkte, den Gesundheitsminister Zhang Wenkang und den Beijinger Bürgermeister Meng Xuenong entließ und fortan eine transparentere Informationspolitik hinsichtlich der Epidemie verfolgte (siehe C.a., 2003/4, Ü 10). Jiang avancierte daraufhin zum Volkshelden, dessen mutiges Vorgehen selbst einige Staatsmedien priesen.

Mit seinem jüngsten Schreiben an die parteistaatliche Führung beabsichtigt der Arzt nun, die Debatte über die offizielle Beurteilung der Ereignisse von 1989 erneut anzustoßen. Jiang beschreibt die studentischen Demonstranten in seinem Brief als Patrioten, die gegen korrupte Regierungsvertreter protestierten. Er beschuldigt eine kleine Minderheit von Spitzenfunktionären die blutige Niederschlagung angeordnet zu haben, um eigennützige Interessen zu wahren. Des Weiteren schildert der Chirurg seine eigenen Erlebnisse in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989, in der er Dutzende in sein Krankenhaus eingelieferte Opfer mit Schusswunden versorgt hatte.

Zur Legitimation seiner eigenen Position verweist Jiang im darauf folgenden Abschnitt des Briefs auf seine Begegnung mit dem damaligen Staats-